

Energiepolitische Perspektiven für das Oldenburger Land und Ostfriesland

Chancen nutzen. Belastungen begrenzen. Regionale Wertschöpfung sichern.

Beschlusspapier der Vorstände des CDU-Landesverbandes Oldenburg und des CDU-Bezirksverbandes Ostfriesland

1. Energie- und Industrieregion Nordwest: Verantwortung anerkennen, Chancen sichern.

Das Oldenburger Land und Ostfriesland sind seit Jahrzehnten tragende Säulen der deutschen Energieversorgung. An unseren Küsten wird Strom für Millionen Haushalte gewonnen, unsere Flächen tragen Leitungen und Trassen, unsere Standorte beherbergen Energiespeicher, Netzknoten und Netzinfrastuktur, von nationaler Bedeutung, Hafeninfrastruktur und die Basis einer Wasserstoffdrehscheibe. Die Region ist damit Energieraum Nummer eins und übernimmt, auch in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, Verantwortung weit über ihre eigenen Grenzen hinaus. Diese Verantwortung darf jedoch nicht zu einer einseitigen Belastung werden.

Die Energiewende muss für unsere Region mehr sein als ein Durchleitungsmodell. Sie muss industrielle Perspektiven eröffnen, hochwertige Arbeitsplätze sichern und kommunale Haushalte stärken. Wenn das Oldenburger Land und Ostfriesland Energieland sind, dann müssen hier auch Wertschöpfung, Innovation und neue industrielle Kerne entstehen.

Aktuell trifft der starke Ausbau erneuerbarer Energien allerdings auf unzureichende überregionale Netzkapazitäten und fehlende flexible Nachfrage. Die Folge ist regelmäßige Übererzeugung. Strom, der klimaneutral gewonnen wurde, kann nicht genutzt werden und wird abgeregelt. Allein 2024 wurden bundesweit über 14.000 GWh erneuerbarer Strom vergütet, aber nicht genutzt. Die Kosten dieser Ineffizienz werden über Netzentgelte sozialisiert.

Gleichzeitig stehen energieintensive Unternehmen im Norden trotz hoher regionaler Stromproduktion unter erheblichem Kostendruck. Während im Süden Instrumente zur Sicherung von Erzeugungskapazitäten diskutiert werden, fehlt bislang ein strukturelles Instrument zur Bewältigung der Übererzeugung im Norden. Das Ergebnis ist eine doppelte Schieflage. Zum einen volkswirtschaftliche Ineffizienz durch Abregelung und zum anderen wettbewerbliche Nachteile für unseren Industriestandort im Nordwesten.

Daher fordern wir eine strukturelle Lösung für dieses strukturelle Problem: den Nordbonus als kapazitätsmarktähnliches Instrument für flexible Lasten in Regionen mit hoher Abregelungsquote.

Dieser soll aus einer Weiterentwicklung des §13k EnWG für mehr Planungssicherheit („Nutzen statt Abregeln“), der Einführung eines kapazitätsmarktähnlichen Instruments für flexible Lasten, der Stärkung systemdienlicher Elektrolyse (nutzt überschüssigen Strom, reduziert Abregelung und trägt zur Transformation von Industrie und Mobilität bei), der Nutzung regionaler Standortvorteile (Kavernenspeicher, Hafen- und Importinfrastruktur, Industriecluster und Netzanschlusspunkte) und der haushaltsneutralen Umsetzung durch Systemkostensenkung bestehen.

§13k EnWG ist daher investitionsfähig weiterzuentwickeln. Wir wollen langfristige Zuteilungsmechanismen statt rein kurzfristiger Aktivierung. Es sind feste, kalkulierbare Vergütungskomponenten einzuführen. Systemdienliche Neuanlagen wie beispielsweise Elektrolyseure oder Stromspeicher sind in das Instrument verbindlich zu integrieren.

Bund und Land sind zudem aufgefordert, das Oldenburger Land und Ostfriesland verbindlich als prioritäre Industrie- und Wertschöpfungsstandorte der Energiewende zu definieren und entsprechend industriepolitisch zu flankieren.

2. Wasserstoff als industrielle Zukunftschance – wirtschaftlich tragfähig ausgestalten.

Wasserstoff wird eine Schlüsselrolle für die industrielle Transformation spielen. Gleichzeitig darf der Hochlauf nicht durch überzogene regulatorische Detailvorgaben ausgebremst werden. Investitionen werden nur dann ausgelöst, wenn Unternehmen verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen vorfinden.

Die derzeitigen europäischen Strombezugsvorgaben sind in ihrer Ausgestaltung zu komplex und teilweise praxisfern. Sie führen zu erheblichen Mehrkosten und erzeugen Unsicherheit in der Projektplanung.

Die Strombezugsvorgaben für Wasserstoff sind grundlegend zu vereinfachen und zu flexibilisieren, um Investitionen im Oldenburger Land und in Ostfriesland zu ermöglichen.

Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ist komplex und erfordert für einen gewissen Zeitraum den parallelen Betrieb von fossiler Gasinfrastruktur und modernen Wasserstoffnetzen. Deshalb braucht es im Transformationszeitraum Flexibilität im Bereich des Wasserstoffbezugs. Emissionsarme Erzeugungsformen dürfen nicht pauschal ausgeschlossen werden, sofern sie substanzielle CO₂-Minderungen gewährleisten. Auch die Nutzung von blauem Wasserstoff, also aus Erdgas erzeugter Wasserstoff, muss für den Hochlauf zugelassen werden.

Neben dem Wasserstoff-Kernnetz muss unsere Region zeitnah auch eine Modellregion für ein Wasserstoff-Regionalnetz werden, um regionale Wertschöpfung zu ermöglichen.

Die Wasserstoffstrategie ist praxisnah auszugestalten und muss alle emissionsarmen Erzeugungsformen einbeziehen. Förderinstrumente wie Strompreiskompensation und Transformationshilfen müssen langfristig planbar sein, damit belastbare Investitionsentscheidungen getroffen werden können. Für Elektrolyseure sollen Strompreiskompensation und weiteren Förderinstrumenten kombinierbar sein. Ihr Bau und Betrieb muss auf EU-Ebene beihilferechtlich abgesichert werden.

Transformations- und Strompreisförderinstrumente sind über 2030 hinaus rechtssicher zu verlängern. Systemdienliche Elektrolyseure sind dauerhafte vom Netzentgelt und vom Baukostenzuschuss zu befreien.

3. Speicher und Kraftwerke: Versorgungssicherheit regional stärken.

Das Oldenburger Land und Ostfriesland verfügen über einzigartige geologische Voraussetzungen für Speicherinfrastruktur. Diese Standorte sind strategische Pfeiler eines zukünftigen Wasserstoffsystems.

Die Umwidmung bestehender Erdgasinfrastruktur muss wirtschaftlich ermöglicht werden. In der Hochlaufphase sind staatliche Absicherungsmechanismen notwendig, um Investitionen nicht am Marktrisiko scheitern zu lassen.

Der Bund muss hier Investitionsabsicherungen für Speicher- und Infrastrukturprojekte verbindlich gewährleisten.

Die Kraftwerksstrategie des Bundes muss eng mit der Wasserstoffstrategie verzahnt werden, um verlässliche Nachfrage und Planungssicherheit zu schaffen. **Neue Kraftwerke sind mit verbindlichen Umstellungspfaden auf klimaneutrale Moleküle auszustatten. Strom-, Wasserstoff- und Speicherinfrastruktur sind Systemdienlich miteinander zu verzahnen.**

4. Netzausbau koordinieren – Belastungen für Bürger und Kommunen begrenzen.

Der notwendige Ausbau von Strom- und Wasserstoffnetzen stellt die Kommunen im Oldenburger Land und in Ostfriesland vor enorme Herausforderungen. In vielen Gemeinden überlagern sich Infrastrukturmaßnahmen und führen zu erheblichen Belastungen.

Eine faire Energiewende setzt voraus, dass Belastungen gebündelt und Akzeptanz gesichert werden.

Es bedarf einer gesetzlich verpflichtenden Koordinierung und Beschleunigung aller großen Infrastrukturmaßnahmen und systemdienlichen Projekte sowie einer verbindlichen finanziellen Beteiligung der Standortkommunen.

Die Kosten für Redispatch und Abregelung belasten Netzentgelte und Bundeshaushalt. Gleichzeitig stabilisiert flexible Nachfrage den Großhandelsmarkt und reduziert Extrempreissituationen. Der Nordbonus reduziert somit Transfers aus dem Klima- und Transformationsfonds und kann durch sinkende Redispatch- und Abregelungskosten refinanziert werden. Seine fiskalischen Effekte sind transparent zu evaluieren.

Ländliche Räume dürfen nicht strukturell benachteiligt werden.

Die Netzentgeltsystematik ist so zu reformieren, dass ländliche Räume dauerhaft entlastet werden.

5. Marktwirtschaft, Technologieoffenheit und regionale Stärke als Leitprinzip.

Die CDU im Oldenburger Land und in Ostfriesland bekennt sich zu Klimaneutralität und Versorgungssicherheit. Gleichzeitig lehnen wir eine Politik ab, die industrielle Substanz gefährdet oder Bürger überfordert.

Unsere Region kann Modellraum einer wirtschaftlich tragfähigen Energiewende sein – mit klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und fairer Kostenverteilung.

Wir stehen hier zudem bereit, weitere anwendungsorientierte Forschungsvorhaben auf den Weg zu bringen, die der Erforschung und Weiterentwicklung verschiedener Technologien der Energiegewinnung und Speicherung dienen.

Wir sprechen uns für die Nutzung der Abscheidung und Speicherung von CO², onshore wie offshore, aus.

Unsere Häfen fungieren als Energie-Drehscheiben der Zukunft. Dafür müssen sie ertüchtigt werden. Diese Investitionen in Infrastruktur und Umschlagflächen, beispielsweise für Windenergieanlagen-Komponenten, sind auch nationale Aufgabe und müssen vor Ort, vom Land und vom Bund gemeinsam finanziert werden.

Auch der Nordbonus ist kein Sondervorteil für eine Region. Er ist ein marktwirtschaftliches Instrument zur Beseitigung struktureller Ineffizienz im deutschen Energiesystem. Er steht für: Fairness im föderalen Ausgleich, Effizienz statt Dauer-Redispatch, Wertschöpfung statt Abregelung, Wettbewerbsfähigkeit für unsere Industrie.

Energiepolitik im Oldenburger Land und in Ostfriesland muss marktwirtschaftlich, technologieoffen und konsequent regional wertschöpfungsorientiert ausgestaltet werden.

Wir wollen unsere Energieversorgung unabhängiger und krisenresilienter aufstellen. Dafür ist ein anwachsender Anteil eigener Energiegewinnung, unabhängig insbesondere von nichteuropäischen Lieferanten, notwendig. Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch im norddeutschen Raum und die enge Zusammenarbeit mit unseren niederländischen Partnern sind dafür unabdingbar.

Zudem hat unsere Region eine hohe Verantwortung für die Nutzung und den Aufbau der strategischen Reserven für die Öl- – und nach unserer Auffassung zukünftig auch für die Gasversorgung.

Wir sprechen uns für den Aufbau einer strategischen deutschen Gasreserve in der Größenordnung von 70 bis 80 TWh aus.

Die Energiewende kann nur dann eine vollumfängliche Erfolgsgeschichte werden, wenn sie den Menschen vor Ort, wenn ihre Vorteile für die Menschen vor Ort greifbar und nicht durch höhere Strompreise und Ausbau-Bremsen noch benachteiligt werden.